

STAATSARCHIV HAMBURG

314 -15 Oberfinanzpräsident
Abl. 1998

N 239

N 239

Neumeyer, Pablo Julio

geb. am 16.5.1948

fr.: Chemnitz
jubil.: Buenos Aires



N 239

Oberfinanzdirektion Hamburg

1/ Neumeyer, Pablo Julio
2/ -"- Irma

(Name, Vorname des Berechtigten)

Aktenzeichen: N/239

Reg.-Nr. 4342

Lfd. Nr.	Zweckbestimmung	DM	DM	Name des Feststellers	Bl. der Akte
1	2	3	4	5	6
I. 1	Rückerstattungsanspruch gem. Bescheid v. 8. Sept. 1965 nach § 38 BRüG	15.000,-	—	Rüding 12. 9. 61	Bl. Nr. 12 d. BeschAkte
2			—		Bl. Nr. d. BeschAkte
3			—		Bl. Nr. d. BeschAkte
4			—		Bl. Nr. d. BeschAkte
II.	Gewährte Darlehen, Vorschüsse, Zahlungen gemäß § 32 BRüG:				
1	Zahlung mit Auszahlungsanordnung vom 14. Sept. 1961	—	15.000,-	Rüding 15. 9. 61	Bl. Nr. 20 d. BeschAkte
2	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte
3	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte
4	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte
5	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte
6	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte
7	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte
8	mit Auszahlungsanordnung vom	—			Bl. Nr. d. Akte

Neuanmelde
Unterak

222 92

unmündig

N 239

zu R

N 239

Neumeyer, Pablo

geb. 16.5.98

do Julio Kleinmeyer

Neuanmeldung

Unterakte

222 924

unmündig!

ungsansprüche: (Zutreffendes unterstreichen)

ngen

Hypothek(en) - Zinsen-Forderungen

Bekleidung, Wäsche

Bücher

Reichsfluchtsteuer

Abgaben an RVdJ

rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.:

ellungs- od. Leistungsbeschlüsse:

Pfändungen: Abtretungen an
Land gem. §§ 60
Zessionen: bezw. 130 des BEG

Bl.: 27	Blatt	Blatt:
Bl.:	"	"
Bl.:	"	"
Bl.:	"	"

A. Geschädigte(r):
(lt. Beschluss)

Pablo Julio Kleinmeyer

B. Berechtigte(r):
(lt. Beschluss)

C. Antragsgegner: D.R.

D. Erhobene Rückerstattungsansprüche: (Zutreffendes unterstreichen)

Grundstück(e) - Nutzungen

Bankguthaben

Wertpapiere

Mobilier und Hausrat

Kunstgegenstände

Gold, Silber, Schmuck

Judenvermögensabgabe

Transfer

Andere Abgaben (

Sonstige Ansprüche (

Hypothek(en) - Zinsen-Forderungen

Bekleidung, Wäsche

Bücher

Reichsfluchtsteuer

Abgaben an RVdJ

E. Antrag

zurückgenommen (Bl.: _____) rechtskräftig zurückgewiesen (Bl.: _____)

F. Rechtskräftige Feststellungs- od. Leistungsbeschlüsse:

Pfändungen: Abtretungen an
Land gem. §§ 60
Zessionen: bezw. 130 des BEG

WGA vom 5.5.	1961	Bl.: 27	Blatt	Blatt:
WgK "	19	Bl.:	"	"
OLG "	19	Bl.:	"	"
ORG "	19	Bl.:	"	"

G. Vergleich vom:

Dr. Horst Berkowitz
Rechtsanwalt u. Notar
Hannover, Erwinstraße 3
Fernsprecher: 2 43 29
Postcheck Hannover 76 55
Sprechstunde 15.30 - 17.30 Uhr

28. Februar 1959

Anmeldung

von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich
und gleichgestellte Rechtsträger*)

- 2. MRZ. 1959

Anlagen

An das

Verwaltungsamt für innere Restitutionsen des Deutschen Reichs und gleichgestellter
Rechtsträger

St a d t h a g e n

(Bundesrückerstattungsgesetz - BRAG -)
vom 19. Juli 1957

Obernstr. 29

(Bundesgesetzbl. I S. 734)

Anliegend überreiche ich in 4 Exemplaren eine Formular-Anmel-
dung von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das
Deutsche Reich.

a) Familienname
(bei Frauen) Antragsteller ist Herr Pablo Julio Neumeyer

geb. 16.5.1898 in Chemnitz

b) Vorname

Pablo Julio

letzter deutscher Wohnsitz Chemnitz,

jetzt Wohnhaft Buenos Aires/Argentinien

c) jetzt Wohnhaft

Buenos Aires, Alsina 21 Alsina 2183.

d) Geburtsdatum Angemeldet wird Auswanderungsgut befindlich in einem Lift,
der in Hamburg von der Gestapo beschlagnahmt und eingezogen wurde.

e) Staatsangehörigkeit Der Anspruch ist zunächst beim Herrn Regierungspräsidenten in

f) Beruf Hildesheim als Entschädigungsforderung unter dem Aktenzeichen

I EB 212491 angemeldet worden. Der Herr Regierungspräsident hat

g) Wohnort aber darauf hingewiesen, dass die Entziehung des Liftes eine
Rückerstattungsforderung sei. Deshalb ist der Anspruch in Hildes-

h) Wohnort heim zurückgenommen und ist daher neu anzumelden als Restitutions-

forderung, weil die Entziehung in Hamburg, also im Gebiete der
Bundesrepublik Deutschland geschehen ist.

i) Wohnort Der Wert des Liftes ist gegenüber dem Herrn Regierungspräsidenten
in Hildesheim mit

k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dergl.)
18.000.-- RM
angegeben worden.

Bei den Akten des Herrn Regierungspräsidenten befinden sich die
Schreiben der Firma Schenker, die die Beschlagnahme des Liftes
anzeigen. Auch befinden sich dort die Originallisten bzw. Foto-

kopien der Originallisten über den Inhalt des Liftes, wie sie von
den Behörden bei Auswanderung ausgestellt und abgestempelt wurden.

Ich gebe also anheim, demnächst die Akte des Herrn Regierungs-
präsidenten Hildesheim beizuziehen. Meine Vollmacht ergibt sich
aus Blatt 2 des Formulars-oben-.

Dr./Sa.
Anlagen

gez. Dr. Horst Berkowitz
Rechtsanwalt

Anmeldung

von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich und gleichgestellte Rechtsträger*)

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter
Rechtsträger

(Bundesrückerstattungsgesetz — BRÜG —)
vom 19. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 734)

A. Personalangaben

1. Personalangaben des Antragstellers

- a) Familienname **NEUMEYER**
(bei Frauen auch Geburtsname)
- b) Vorname **Pablo Julio**
- c) jetzt wohnhaft **Buenos Aires, Alsina 2183**
- d) Geburtsdatum und Ort **16. Mai 1898, Chemnitz in Sachsen**
- e) Staatsangehörigkeit **ursprünglich deutsch, jetzt argentinisch**
- f) Beruf **Kaufmann**
- g) Wohnort (ständiger Aufenthalt)
im Zeitpunkt der Entziehung **Vor Auswanderung Chemnitz;
Entziehungsort Hamburg. Zeit der Entziehung: nach Auswanderung**
- h) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Antragstellers im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945.
- i) Wohnsitz im Jahre 1948 **Buenos Aires, Argentinien, Alsina 2183**
- k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dergl.)

*) Nach § 1 BRÜG findet das Gesetz Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren.

Blatt 2 —
Dr. Horst Berkowitz

Rechtsanwalt u. Notar

Hannover, Erwinstraße 3

1) Verfahrensbevollmächtigter:

Fernsprecher: 2 43 29

Postscheck Hannover 76 55

Sprechstunde 15.30 — 17.30 Uhr

Vermerk: Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, ist Bestellung eines Verfahrensbevollmächtigten (hierunter ist nicht notwendig ein Anwalt, sondern lediglich eine prozessfähige Person zu verstehen) wünschenswert, der vor den Wiedergutmachungsbehörden verbindliche Erklärungen abgeben bzw. Vergleichsverhandlungen führen kann.

2. Personalangaben des Geschädigten

(nur auszufüllen, wenn Antragsteller nicht personengleich mit dem Geschädigten ist)

a) Familienname
(bei Frauen auch Geburtsname)

b) Vorname

c) zuletzt wohnhaft

d) Geburtsdatum und Ort

e) Sterbedatum und Ort

f) Staatsangehörigkeit

g) Beruf

h) Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller

i) Miterben (Name und Anschrift)

k) Wohnort (ständiger Aufenthalt) im Zeitpunkt der Entziehung

l) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Geschädigten oder eines Miterben im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945

m) Wohnsitz im Jahre 1948

3. Beschreibung der vom Deutschen Reich oder gleichgestellten Rechtsträger entzogenen feststellbaren Vermögensgegenstände
(Falls der Platz nicht ausreicht, sind Anlagen zu verwenden)

1. Bankguthaben

a) Art des Kontos (Sparguthaben oder laufendes Konto)

b) Anschrift der Bank und der Depositenkasse

c) Letzter Saldo?

d) Ist Kontoauszug vorhanden?

2. Wertpapiere

- a) Angabe der Wertpapiere
- b) Angabe der Bank und der Depositenkasse
- c) ob
- I. ohne Entgeld eingezogen
 - II. Zwangsablieferung
 - III. wenn II., welche Zahlung
 - IV. an welcher Stelle abgeliefert
wofür ist die Ablieferung erfolgt
 - V. bei Reichsschatzanweisungen:
zwangsgetauscht gegen welche Wertpapiere
- d) Ist Depotauszug vorhanden?

3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

- a) abgelieferte Gegenstände:
- b) Ablieferung an Pfandleihanstalt:
Stadt/Adresse angeben
- c) ob
- I. ohne Entgeld eingezogen
 - II. Zwangsablieferung
Ist Ablieferungsquittung vorhanden
 - III. wenn II., welche Zahlung

4. Pelzwaren, Radio und sonstige elektr. oder optische Geräte

- a) Was ist abgeliefert? (Wertangabe erforderlich)

- b) Ablieferung an

5. Hausrat

- a) Bezeichnung der Gegenstände

- b) Ortsangabe

6. Lifte

- a) Inhalt des Liftes

- b) Name und Anschrift des Spediteurs oder Lagerhalters

Fa. Schenker

me Lift

Schle Liste

18000,- Rile

S. Aubert, Hele
Rig. Bas. Heidecker in
I E13 212491

7. Sonstige entzogene Vermögensgegenstände, z. B. Hypotheken, Versicherungsansprüche, Kraftfahrzeuge

a) Art des Vermögens

b) Ablieferung an

c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsabgabe

III. wenn II., welche Zahlung

C. Sonstige rückerstattungsrechtliche Geldansprüche nach dem BRüG, soweit sie nicht aus der Entziehung der unter B genannten Vermögensgegenstände herrühren

D. Darstellung der Entziehungsvorgänge

1. Zeitpunkt der Entziehung

Es wird wegen Entziehung auf die Akten der Finanzbehörden, der Gestapo, der Grundbuchämter, Patenämter und der sonstigen amtlichen Stellen, die mit der Entziehung jüdischen Vermögens beauftragt waren, Bezug genommen.

2. Belegenheit des entzogenen Vermögensgegenstandes im Zeitpunkt der Entziehung

Waren die entzogenen Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung außerhalb des Bundesgebietes oder Berlin (West) belegen und sind sie nach der Entziehung in diese Gebiete gelangt, so ist anzugeben, welche Beweismittel für die Verbindung in das Bundesgebiet oder nach Berlin vorliegen.

Hamburg

3. Durch welche der in § 1 BRüG genannten Rechtsträger ist die Entziehung erfolgt?

E Gestapo

1. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Rückerstattungsansprüche angemeldet worden? Wenn ja, Angabe der Anmeldestelle und des Aktenzeichens.

nein

2. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden? Wenn ja, Angabe des Entschädigungsamts und des Aktenzeichens.

ja. Reg.Präs. Hildesheim EB 212 491

Vorhandene Unterlagen — Listen, Versteigerungsprotokolle, Bescheinigungen der Pfandleihanstalt usw. — sind beizufügen, zweckmäßig nicht im Original, sondern in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie.

Ich versichere die obige Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben zu haben.

Unterschrift: gez. Pablo Julio Neumeyer

23. II. 59

Ort: Buenos Aires

Datum:

Nachdruck verboten.

(Printed in Germany by Kalima-Druck, Düsseldorf-Bonrath)

5

Anmeldung

14. April 1958

An das

Verwaltungsamt für innere
Restitutionen

S t a d t h a g e n
=====

Obernstrasse 29

Verwaltungsamt
für innere Restitutionen
16. APR. 1958
Anlagen

Anliegend überreiche ich in 4 Stücken eine Formularanmeldung von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich, und zwar für

Herrn Pablo Julio N e u m e y e r

jetzt wohnhaft Buenos Aires/Argentinien

Alsina 2183

zuletzt wohnhaft gewesen in Chemnitz, Hübschmannstr.13

Das Bundesrückerstattungsgesetz findet in diesem Fall Anwendung, weil die Entziehung des zur Erstattung verlangten Gegenstandes in Hamburg erfolgte. Es handelt sich nämlich um einen für die Auswanderung freigegebenen Lift mit Möbeln und Inventar, der im Freihafen von Hamburg durch die Gestapo beschlagnahmt wurde. Dann wurde der Lift versteigert, der Erlös aber ebenfalls von der Gestapo fortgenommen.

Als Anlage zum Originalantrag überreiche ich Fotokopie einer Aufstellung des Umzugsgutes, bestehend aus

- Herrenzimmer
- Speisezimmer
- Schlafzimmer
- Küche,
- Bodenkammern und
- Einzelteile.

Ich füge weiter bei Fotokopie eines Briefes der Firma Schenker & Co. in Chemnitz vom 22. April 1947, wo über die Beschlagnahme und die Einziehung Bericht erstattet wird.

Damit ist der Beweis der Entziehung im Sinne des Rückerstattungsgesetzes geführt.

Der Wert der Möbel wird mit 25.000.-- Mark angegeben. Ausserdem gehörte ein Auto zum Umzugsgut im Werte von 5.000.-- Mark. Hier muss ich noch durch Rückfrage die näheres Verhältnisse klären. Auf jeden Fall melde ich den Lift mit den Möbeln und das Auto hiermit zur Rückerstattung unter Entschädigung an.

Dr./Sa.

4 Anlagen

Rechtsanwalt

Oberfinanzdirektion Hamburg
- N 239 - UA 1 - BV 45/451 -

Hamburg, den 22 November 1960
App. 53
Di./Be.

V f g .

Geschrieben 24.11.60
Gelesen Be.
Abgesandt 25. NOV. 1960

1. An das
Wiedergutmachungsamt (mit 2 begl. Durchschriften

Anlagen: Bl. 7 bis 10 der Gerichtsakte

In der Rückerstattungssache

Z 22 924

Pablo Julio Neumeyer
(RA. Dr. Horst Berkowitz)

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

+ auf dem
Veranlassungsfall
beschäftigt werden
ist.

ergibt sich aus dem Schreiben der Firma Schenker & Co. vom
22.4.1947 (Bl. 7 u. 8 der Gerichtsakte), daß das beanspruchte
Umzugsgut - 2 Lifts mit einem Gewicht von 5.630 kg. - nach Ham-
burg gelangt, und hier von der Gestapo beschlagnahmt worden sind.
Dem Rückerstattungsanspruch wird daher dem Grunde nach nicht
widersprochen. Um zur Höhe des Schadensersatzanspruchs Stellung
nehmen zu können, wird gebeten, evtl. vorhandene Versteigerungs-
unterlagen des Lager- und Versteigerungshauses beizuziehen.

Bl. 9 als
Grundakte

Da der Antragsteller im Zeitpunkt der Entziehung verheiratet
gewesen ist, kann davon ausgegangen werden, daß Teile des Um-
zugsgutes im Eigentum der Ehefrau des Antragstellers gestanden
haben. Diese bzw. deren Erben werden daher in das Verfahren
mit einbezogen werden müssen.

Unterlagen über die Entziehung eines PKW besitzt die Bundes-
vermögens- und Bauabteilung der Oberfinanzdirektion Hamburg
nicht. Der Antragsteller möge für sein Vorbringen Beweis an-
treten.

Vorsorglich wird dem Rückerstattungsantrag insoweit widerspro-
chen.

Bl. 7 bis 10 der Gerichtsakte werden anliegend zurückgereicht.

2. Absenden mit Anlagen
3. Z.d.A. - UA 1 -

Im Auftrag

(Schminke)
Finanzassessor

23. NOV. 1960

b.w.

V e r m e r k :

Blatt 7 und 8 ist eine ^{Schreiben} Rechnung der Speditionsfirma Schenker & Co., Zweigniederlassung Chemnitz, vom 22. 4.1947, worin dem Antragsteller mitgeteilt wird, daß seine 2 Lifts Umzugsgut 5630 kg, gez. J.N. 105/6, nach Hamburg gelangt am 9.5.1941 von der Gestapo beschlagnahmt und danach dem Lager- und Versteigerungshaus zur Versteigerung übergeben wurden. Die Quittung hierüber soll bei Schenker & Co. in Hamburg vorliegen.

Blatt 8 bis 9 ist die Umzugsgutliste.

*Obys Schreiben enthält ferner Protokoll, das Hauptgut zur Versteigerung
H. 22. 11.*

Durchschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

- N 239 - UA 1 - BV 45/451 -

Hamburg 13, d. 22. Nov. 19 60
Harvestehuder Weg 14
Tel.: 441291 Ap 53

Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

(mit zwei begl. Durchschriften)

Anl.: Bl. 7 bis 10 der Gerichtsakte

In der Rückerstattungssache

- Z 22 924 -

Pablo Julio Neumeyer ./.
(RA Dr. Horst Berkowitz)

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

ergibt sich aus dem Schreiben der Firma Schenker & Co. vom 22.4.1947 (Bl. 7 und 8 der Gerichtsakte), daß das beanspruchte Umzugsgut - 2 Lifts mit einem Gewicht von 5.630 kg - nach Hamburg gelangt, hier von der Gestapo beschlagnahmt und auf deren Veranlassung offenbar versteigert worden ist. Dem Rückerstattungsanspruch wird daher dem Grunde nach nicht widersprochen. Zur Ermittlung der Höhe des Schadensersatzanspruchs wird gebeten, evtl. vorhandene Versteigerungsunterlagen des Lager- und Versteigerungshauses beizuziehen.

Da der Antragsteller im Zeitpunkt der Entziehung verheiratet gewesen ist, kann davon ausgegangen werden, daß Teile des Umzugsgutes im Eigentum der Ehefrau des Antragstellers gestanden haben. Diese bzw. deren Erben werden daher in das Verfahren mit einbezogen werden müssen.

Unterlagen über die Entziehung eines PKW besitzt die Bundesvermögens- und Bauabteilung der Oberfinanzdirektion Hamburg nicht. Der Antragsteller möge insoweit für sein Vorbringen Beweis antreten.

Vorsorglich wird dem Rückerstattungsantrag hinsichtlich dieses Gegenstandes widersprochen.

Bl. 7 bis 10 der Gerichtsakte werden anliegend zurückgereicht.

Im Auftrag

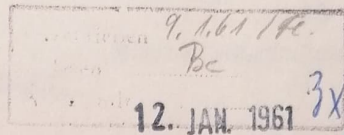
Schminke

Finanzassessor

Oberfinanzdirektion Hamburg
- N 239 - BV 45/451 -

Hamburg 13, den 5. Jan. 1961
Di/Scha.

Vfg.



- 1) An das
WA beim LG Hamburg (m. 2 begl. Durchschr.)

Anlagen: Entschädigungsakte Hildesheim ✓
Gerichtsakte Z 22 924 ✓
Versteigerungserakten des Gerichtsvollziehers Bobsien ✓

In der Rückerstattungssache

Z 22 924

Pablo Julio Neumeyer ./.
(RA. Dr. Horst Berkowitz)

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

werden die o. a. Unterlagen anliegend zurückgereicht. Wie sich aus dem Versteigerungsprotokoll des Gerichtsvollziehers Bobsien vom 21. 7. 1941 ergibt, hat der Bruttoerlös aus der Versteigerung des in Rede stehenden Umzugsguts RM 6.570,40 betragen. Zum beschleunigten Abschluß des Verfahrens würde daher der Antragsgegner einem Beschluß in Höhe von DM 15.000,-- nicht widersprochen.

~~Da 2 gegen Botsien gerichtete Forderungen vorliegen, ob~~
~~Sofern der Antragsteller jedoch im Zeitpunkt der Entziehung ver-~~
~~heiratet gewesen ist, wird davon auszugehen sein, daß Teile des~~
~~Umzugsguts im Eigentum seiner Ehefrau gestanden haben, diese daher~~
~~gegebenenfalls in das Verfahren mit einzubeziehen einbezogen~~
~~werden müssen.~~

- 2) Zda

Im Auftrag

(Schminke)
Finanzassessor

7.5.1.61

Vermerk:

Der Bruttoversteigerungserlös würde unter Berücksichtigung der Käufe der Sozialverwaltung mit 2,5 multipliziert 16.600,-- DM ergeben. Im Hinblick auf die zum Teil sehr hohen Versteigerungserlöse (siehe insbesondere Pos. 37, 54, 63, 64, 67 + 78) erscheint der Vergleichsvorschlag von 15.000,-- DM gerechtfertigt.

5. JAN. 1961

7.5.1.61

Dr. Horst Berkowitz

Rechtsanwalt u. Notar

Hannover, Erwinstraße 3

Fernsprecher: 2 43 29

Postcheck Hannover 7655

Sprechstunde 15.30 - 17.30 Uhr

23. Dezember 1960

An das

Wiedergutmachungsamt

beim Landgericht

Anlage

H a m b u r g 36

Siebekingplatz 1

Ziviljustizgebäude

Geschäftszeichen: Z 22 924

S c h r i f t s a t z

in der Rückerstattungssache

Pablo Julio Neumeyer

gegen

Deutsches Reich

-RA. Dr. Berkowitz-

Zum Schriftsatz der Oberfinanzdirektion vom 22. Nov. 1960 habe ich folgende Erklärungen abzugeben:

- 1.) Ich überreiche Prozessvollmacht der Ehefrau des Antragstellers, nämlich der Frau Irma Neumeyer und schließe mich für sie dem Verfahren wegen des Auswanderungsgutes an, damit alle Zweifel wegen des Eigentums am Auswanderungsgut ausgeschlossen werden. Da ja zweifelsohne das Auswanderungsgut entweder dem Ehemann oder der Ehefrau gehörte, kann nunmehr unbedenklich entschieden werden.
- 2.) Die Versteigerungsunterlagen über das Auswanderungsgut sind nie in den Besitz des Beklagten gelangt. Er hat lediglich von der Transportfirma Schenker & Co. die Mitteilung erhalten, daß das Umzugsgut versteigert worden sei. Gegebenenfalls mag bei der Firma Schenker & Co. Rückfrage gehalten werden. Vorhanden ist lediglich eine Quittung über die Frachtkosten in Höhe von 8.428.40 RM, aber auch diese Rechnung der Firma Schenker vom 26. 8. 1938 kann von der Firma Schenker & Co. Chemnitz, Schillerstr. 16 angefordert werden.
- 3.) Was das Auto anbelangt, so war es zur Ausfuhr freigegeben, wobei der Antragsteller 5.000.-- RM als Dego-Abgabe hat zahlen müssen. Er hat dann auch die Reise angetreten und ist mit dem Auto bis in die Schweiz gelangt. Da er aber das Geld für die Verfrachtung nach Süd.Amerika nicht bezahlen konnte, hat er das Auto an der Grenze abgestellt. Dort wurde es von seinem Chauffeur übernommen, der das Auto zur Fabrik nach Chemnitz von der

Finanzdirektion Hamburg

Hamburg, den 7. Februar 1961

163

schweizerischen Grenze überführte. Das Auto wurde zunächst in den Räumen des Beklagten aufbewahrt, weil er hoffte, noch die Fracht beschaffen und das Auto sich nachsenden lassen zu können. Dann brach der Krieg aus und es dürfte der PKW in Chemnitz vom Deutschen Reiche eingezogen worden sein.

Dr./Sa.

10. FEB. 1961

Anlage

Dr. Horst Berkowitz

An das
Wiedergutmachungsamt

(Rechtsanwalt Durchschriften)

In der Rückerstattungssache

Z 22 924

Pablo Julio Neumeyer
(HA. Dr. Horst Berkowitz)

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

trägt der Antragsteller in seinem Schriftsatz vom 23. 12. 1960 vor, daß der in Rede stehende PKW in Chemnitz zurückgelassen und offenbar dort von Organen des Deutschen Reiches beschlagnahmt worden ist. Die Entziehung ist somit außerhalb des Geltungsbereiches des BRHG erfolgt. ^{nur in Tatsachen} ~~ein Rückerstattungsanspruch~~ nicht gegeben.

Es wird insoweit um Abweisung des gestellten Antrages gebeten.

2. Z. d. A. - UA 1 -

Im Auftrag

(Schminke)

Finanzassessor

2726

7.2. FEB. 1961

Durchschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

- N 239 - UA 1 BV 45/451 -

Hamburg 13, den 28. März 1961
Harvestehuder Weg 14

Tel.: 441291 App. 53
Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

Az. 15. MAI 1961
Eing.

Beschl. 44 48 13

4. 20. An das Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

(mit zwei begl. Durchschriften)

Beschluß

In der Rückerstattungsache

- Z 22 924 -

Pablo Julio Neumeyer / ./. 2183, Deutsches Reich
(RA Dr. Horst Berkowitz) (OFD Hamburg)

wird auf den Schriftsatz des Antragstellers vom 21.2.1961
erwidert, daß im vorliegenden Verfahren der Antragsteller
nur Ersatz wegen der Entziehung der vom Deutschen Reich
damals beschlagnahmten Gegenstände gemäß Art. 26 Abs. 2 REG
verlangen kann. Die Geltendmachung eines Anspruches wegen
der Vereinnahmung des Erlöses ist insoweit ausgeschlossen.
Abgesehen davon, stand der Erlös nach der Beschlagnahme der
Gegenstände dem Deutschen Reich zu.

Der Antragsgegner vermag mithin lediglich einen Vergleich
über 15.000,-- DM abzuschließen.

I. Der Antragsgegner ist verpflichtet, wegen
ungerechtfertigt entzogenen Vermögensgutes
Schadenersatz gemäß Art. 26 Abs. II REG
in Höhe von

Im Auftrag

DM 15.000,-- Schminke

an die Antragsteller zu leisten.

(Schminke)

II. Die Erfüllung dieses Anspruchs ist dem Regierungsassessor nach
dem Bundesrückerstattungsgesetz.

III. Die Entscheidung geht gebührenfrei.

Durchschrift 8.32

VfS.

1. Bescheid geprüft
(BE 26 441)
2. Kein Rechtsmittel
3. Wv. 10.9.61
bei PV 4112
(Rechtskraft auf.)



18. MAI 1961

Oberrfinanzdirektion Hamburg
BV u. BA
Az.: 16. MAI 1961
Eing. 15. MAI 1961
Suchgeb. 44 45 3

4. Z d A

Wiedergutmachungsamt beim

Landgericht Hamburg

Z 22 924

Hamburg, den 5. Mai 1961
Sch.

Beschluß

In der Rückerstattungssache

Pablo Julio Neumeyer, Alsina 2183, Buenos Aires/Argentinien,
und Ehefrau Irma Neumeyer

Antragsteller,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt und Notar Dr. Horst Berkowitz,
Hannover, Erwinstr. 3,

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,
Verfahrensvertreterin Oberfinanzdirektion Hamburg, Hamburg 13,
Harvestehuderweg 14 - N 239 - UA 1 - BV 45/451 -

Antragsgegner,

beschließt das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
durch Landgerichtsrat B o r g m e y e r :

- I. Der Antragsgegner ist verpflichtet, wegen
ungerechtfertigt entzogenen Umzugsgutes
Schadensersatz gemäss Art. 26 Abs. II REG
in Höhe von

DM 15.000.--

an die Antragsteller zu leisten.

- II. Die Erfüllung dieses Anspruchs richtet sich nach
dem Bundesrückerstattungsgesetz.

- III. Die Entscheidung ergeht gebührenfrei.

b.w.

Rechtskräftig d. S. 2

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluß kann jeder Beteiligte binnen 1 Monat, bei Wohnsitz im Ausland binnen 3 Monaten, die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer durch Einspruch bei dem Wiedergutmachungsamt anrufen. Die Frist beginnt mit der Zustellung dieses Beschlusses.

Borgmeyer
Landgerichtsrat

Für die richtige Ausfertigung:

Musemann

Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

